

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 54 (1975)
Heft: 11

Artikel: Das Schicksal Österreichs seit 1934
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339059>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Das Schicksal Österreichs seit 1934

Redaktionelle Vorbemerkung.

Die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) hat am ersten Oktobersonntag einen glänzenden Sieg errungen. Nach gewissen schweizerischen Pressekommentaren ist dieser Erfolg vor allem auf die Persönlichkeit des Sonnenkönigs Kreisky zurückzuführen. Eine solche Erklärung ist doch zu simpel. Gewiss sind die Verdienste dieses hervorragenden Staatsmannes unbestritten. Entscheidend ist aber doch wohl, dass er sich auf eine überaus starke, geeinte und moderne Sozialdemokratische Partei stützen kann. Während etwa in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in der Schweiz die Kräfte der Arbeitnehmerschaft durch Zersplitterung geschwächt werden, ist es in Österreich gelungen, die grosse Masse der Arbeiter und Angestellten mehrheitlich für die Sozialdemokratie zu mobilisieren und die einstige junge Linke zu integrieren.

Es lohnt sich daher, einen Blick auf die Geschichte Österreichs seit 1934 zu werfen. Unser ausgezeichneter Mitarbeiter J. W. Brügel, der die Geschichte Österreichs eine Zeitlang aus unmittelbarer Nähe erlebte, hat es unternommen, anhand der Literatur aufzuzeigen, wie Österreich den Weg von der Diktatur zum modernen Staatswesen gefunden hat.

R. L.

Eine Reihe neuerer Publikationen beschäftigt sich mit dem Schicksal Österreichs in den Jahren nach der Installierung des Dritten Reiches. Inwieweit tragen sie zur Aufhellung eines zugegebenermassen verwickelten Sachverhalts bei?

Am interessantesten sollte natürlich der umfangreiche Rechenschaftsbericht sein, den Dr. Kurt Schuschnigg¹, einer der Hauptakteure von 1934 bis 1938 und Häftling Hitlers von 1938 bis 1945, vorgelegt hat. Schuschnigg (geboren 1897). seit 1927 Abgeordneter für die Tiroler Christlich-sozialen, seit 1932 Minister und nach der Ermordung Dollfuss' Bundeskanzler, war, da ihm viele vorwarfen, ein wenn auch unfreiwilliger Wegbereiter Hitlers gewesen zu sein, im eigenen Lande nach dem Kriege so umstritten, dass er es vorzog, sich nach einer Professur in Amerika umzusehen. Nach seiner Pensionierung hat er sich wieder in Tirol niedergelassen – als ein ziemlich vergessener Mann. Er hat sich die Aufgabe, seine seinerzeitige Rolle zu verteidigen, nicht leicht gemacht, sondern lange

Studien in Archiven usw. betrieben, um ein Buch vorlegen zu können, das mehr ist als eine persönliche Verteidigungsschrift. Aber die Ausbeute an neuen Fakten, auf die er gestossen ist, ist kaum der Erwähnung wert. Das «Österreichische Credo», mit dem er, was kaum überraschend ist, sein Buch beschliesst, mag seine sentimentale Wirkung haben. Aber bemerkenswert bleibt nur der Versuch Schuschniggs, die von ihm gespielte Rolle in einem günstigen Licht darzustellen. Der äussere Ablauf der Ereignisse am 11. März 1938, dem Tag seiner Kapitulation vor Hitler, dessen Beschreibung er seiner Darstellung voranstellt, ist ebenso bekannt wie sein Schriftwechsel mit Otto Habsburg Anfang 1938, der Schuschnigg den grotesken Vorschlag machte, ihm das Amt des Kanzlers zu übergeben. Die folgende chronologische Darstellung wird erst dort interessant – wenn auch vielfach nur wegen ihrer Lücken –, wo der Verfasser die Tatsache zu bemänteln sucht, dass es die von ihm als Justizminister mitverantwortete Ersetzung der Demokratie durch ein autoritäres Regime war, das, wenn auch im Gegensatz zum Nationalsozialismus geboren, diesem den Weg bahnte. Diesem Vorwurf will Schuschnigg durch den Hinweis begegnen, dass eine andere Politik vielleicht auch nicht zum gewünschten Ziele geführt hätte. Wenn das Unbeweisbare wahr wäre – ist das schon ein zureichender Grund, die Demokratie abzuschaffen? Schuschnigg ist einerseits ehrlich genug, das oft als Ankündigung einer gewaltsaenen Revolution von links missdeutete Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie (1926) richtig darzustellen als die Präzisierung der Erkenntnis, dass sich die Arbeiter gegen konterrevolutionäre Aktionen zur Wehr setzen würden. Anderseits wagt der Mann, der einem Hitler geglaubt und selbst die Demokratie in seinem Land zu erdrosseln geholfen hat, die demokratische Zuverlässigkeit der österreichischen Sozialdemokraten mit den Worten anzuzweifeln: «Aber welcher potentielle Aggressor hätte je anders gesprochen? Und werden nicht auch die ‚präventiven Angriffe‘ unter dem Motto ‚Verteidigung‘ gestartet?»

Die Regierung Dollfuss hatte den parlamentarischen Weg verlassen und mit Notverordnungen regiert, die eine Basis hatten, von der man nicht einmal mehr sagen konnte, sie sei nur zweifelhaft: sie benützte ein 1917 erlassenes «Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz», das die Regelung der Kartoffelversorgung und dergleichen im Verordnungswege ermöglichen sollte, dazu durch Verordnung eine neue – ständig faschistische – Verfassung zu verkünden. Der Jurist Schuschnigg hat auch jetzt nichts dagegen einzuwenden. Er zählt solche Notverordnungen vom März 1933 an auf und behauptet, sie seien «sämtlich erst nach Ausbruch des Kalten Krieges und der nationalsozialistischen Offensive und somit als Antwort und nicht als Provokation erlassen» worden. Das ist nachweisbar falsch, denn die erste Notverordnung wurde vom Justizminister Schuschnigg am 1. Oktober 1932, also vor Hitlers Machtübernahme, erlassen. Der Autor Schuschnigg kann sich hier auch nicht auf einen Lapsus memoriae be-

rufen, weil ihm der richtige Sachverhalt in einem noch zu besprechenden Buch des österreichischen Sozialisten *Otto Leichter*² ins Gedächtnis gerufen wurde, einem Buch, das er, wie aus einem Zitat hervorgeht, kennt.

Dollfuss, führt Schuschnigg aus, habe «zwei Türen» zur Verfügung gehabt, die eine nach Deutschland, die andere nach Italien, und er habe «den Weg ins Freie» (wohin?) durch das «gleichzeitige Öffnen beider Türen gewinnen» wollen. Darum sei die «Öffnung des Fensters nach links», das heisst eine Verständigung mit den Sozialdemokraten über die Verteidigung der Unabhängigkeit des Landes, unmöglich gewesen. Schuschnigg war, wie er selbst erzählt, ausführendes Organ der Öffnung der Türe nach dem Dritten Reich. Von Verhandlungen mit den Nationalsozialisten, die natürlich erfolglos bleiben mussten, versprach man sich also mehr als von einem Übereinkommen mit einer demokratischen Partei, die 40 Prozent der Bevölkerung hinter sich hatte! Aber nach Schuschnigg war das gar keine demokratische Partei, denn für die «Errichtung der Diktatur des Proletariats, und für nichts anderes, waren die Revolutionären Sozialisten nach dem Februaraufstand zu haben». Das stimmt zwar nicht, sie sprachen nur von der Besiegung des Austrofaschismus durch einen revolutionären Aufstand, dem eine Periode der Diktatur bis zur Wiederherstellung der Demokratie folgen würde. Aber nehmen wir selbst an, Schuschniggs Interpretation sei richtig, dann stellt sie einen eigenartigen Versuch dar, sein Tun durch ein späteres Ereignis zu rechtfertigen, das durch dieses Tun hervorgerufen wurde. Das ist so, wie wenn man die Verweigerung der Hilfe an einen Notleidenden damit entschuldigen würde, dass dieser Notleidende dann wegen der Verweigerung der Hilfe stehlen gegangen ist! Das, was Schuschnigg «Februaraufstand» nennt, war ein heroisches Bemühen, die von der Regierung verletzte Verfassung zu schützen. Alle Welt weiss, dass Dollfuss zum Schlag gegen die Sozialdemokraten ausgeholt hat, weil es Mussolini so verlangte, auf den er seine Hoffnungen gestellt hatte – nur Schuschnigg erzählte 1969, «von einer italienischen Aufforderung an Dollfuss, gegen die Sozialdemokraten Gewalt anzuwenden, und einer Bereitschaft Dollfuss', auf derartige Ideen einzugehen, ist in dem veröffentlichten Briefwechsel nicht die Rede». Er dürfte der einzige Leser dieses Briefwechsels³ sein, der in Mussolinis Brief vom 1. Juli 1933 nicht die Aufforderung gefunden hat, «einen Schlag gegen die Sozialdemokraten in ihrem Bollwerk Wien zu führen» und Dollfuss' Versprechen vom 22. Juli, das zu tun, «sobald es die Situation gestattet». Weil das nicht in sein Konzept passt, schweigt sich Schuschnigg über die von Leichter in einem früheren Buch⁴ und auch jetzt ausführlich geschilderten und erstaunlich weit gehenden Versuche der Sozialdemokraten aus, um des Kampfes gegen den Nationalsozialismus willen der Regierung Dollfuss sogar in ihren autoritären Bestrebungen entgegenzukommen, aber auch über die noch am Tage des Ausbruchs der Kämpfe

vor sich gehenden Bemühungen seiner eigenen christlichsozialen Partei-freunde, Dollfuss zum Einlenken zu bewegen.

Der Verfasser hat kaum etwas Neues zum Mord an Dollfuss zu sagen. Seine Behauptung, er habe im Augenblick, als er den nationalsozialistischen Putschisten freien Abzug für den Fall versprach, dass kein Menschenleben zu beklagen ist, nicht gewusst, dass Dollfuss tot war, ist glaubwürdig, aber nicht neu. Schuschniggs Theorie, dass es bis 1938 eine Diktatur in «Österreich in Wirklichkeit nie gegeben hat», kontrastiert merkwürdig mit seiner Feststellung, Nahziel der Sozialdemokraten sei die bedingungslose Wiederherstellung ihrer Partei gewesen, woran er den Satz schliesst: «An dieser unabdingbaren Forderung mussten sich alle Vermittlungsversuche zerschlagen.» Warum mussten sie, wenn die – von Mussolini allein gehaltene und dann fallengelassene – Regierung Schuschnigg nicht diktatorisch vorging?

Natürlich war die Abwehr nationalsozialistischer Infiltrierungsversuche in den Jahren 1934–1938 das zentrale Problem Österreichs. Musste das aber um den Preis geschehen, dass man die ganze demokratische Welt herausfordert? Schuschnigg sagt kein Wort über das Kapitel der österreichischen Aussenpolitik im engsten Anschluss an den italienischen Faschismus, die sich im Völkerbund in einer Unterstützung des Überfalls auf Abessinien und in einer Weigerung äusserte, an den Sanktionen gegen Italien teilzunehmen. Das hat nicht wenig zur Demoralisierung in Europa beigetragen und die ohnehin geringe Bereitschaft Grossbritanniens und Frankreichs noch geschwächt, sich in Mitteleuropa zu engagieren, also Schuschnigg gegen seinen eigentlichen Feind zu helfen. Ironischerweise war es aber gerade Hitlers Zustimmung zu dem Überfall auf Abessinien, die Mussolini veranlasste, seinen Schützling Schuschnigg Hitler ans Messer zu liefern.

Das am 11. Juli 1936 zwischen Deutschland und Österreich abgeschlossene Abkommen öffnete dem Nationalsozialismus Tür und Tor, aber was Schuschnigg jetzt noch über dieses verhängnisvolle Schriftstück und dessen unmittelbare Folgen sagt, ist voll von schwer verständlichen Illusionen. Seyss-Inquart, der ihm von Berlin zuerst als «Staatsrat», im Endstadium als Innenminister aufgezwungen wurde, hat auf Schuschniggs Einladung zur Mitarbeit am 21. Juni 1937 mit unmissverständlichen Sätzen reagiert:

«Dieser Einbau (Österreichs in die ‚gesamtdeutsche Schicksalsgemeinschaft‘) bringt es notwendigerweise mit sich, dass Österreichs Kräfte und Möglichkeiten für das Deutsche Reich und unmittelbar für den Nationalsozialismus der reichsdeutschen Art eingesetzt werden.»

Trotzdem hat Schuschnigg auch jetzt noch für den Mann, der Hitlers ausführendes Organ gegen Schuschnigg war und als Innenminister die österreichische Polizei eine «deutsche Exekutive» nannte, nur gute Worte

übrig. Sogar dem Altnazi Keppler, der bei der Eroberung Österreichs eine entscheidende Funktion hatte, bescheinigt er, er sei «an sich ein Gegner der revolutionären Richtung und ihrer Vertreter» gewesen! Er sieht offenbar auch heute noch nicht, dass die Rollen zwischen jenen, die verbindlich aufzutreten hatten, und den Gewalttätern sehr geschickt verteilt waren. Schuschnigg sagt, er habe sich «über die Grundeinstellung des Vertragspartners ... nicht getäuscht, sondern angenommen, dass die von der anderen Seite gewünschte und mit allen Mitteln geförderte Möglichkeit, zum Ziel zu gelangen, in voraussehbarer Zeit eben nicht gegeben sei». Welch feine Unterscheidung, um nicht zugeben zu müssen, dass man getäuscht worden ist! Aber Schuschnigg, der sich über die Grundeinstellung des Vertragspartners nicht getäuscht haben will, hat doch den Versprechungen getraut, wenn er zu Hitler nach Berchtesgaden gehe, werde man ihm keine neuen Forderungen vorsetzen, und er war erstaunt, als Hitler diesem Versprechen zuwiderhandelte. Aber Konsequenzen hat Schuschnigg daraus nicht gezogen.

Schuschnigg hat Anspruch auf Mitgefühl für die schrecklichen Jahre, die er in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbringen musste. Aber auch der nachsichtigste Beurteiler seiner von widersprüchlichen Erklärungen durchsetzten Memoiren kann ihm kein politisches Absolutorium erteilen.

Leichters vorher geschriebenes Buch liest sich streckenweise wie eine Gegendarstellung zu Schuschnigg. Es füllt viele Lücken aus, die Schuschnigg absichtlich gelassen hat. Zum erstenmal erfährt man von ihm dokumentarisch, dass der (christlichsoziale) Bundespräsident Miklas einen vergeblichen Kampf gegen die autoritäre Politik von Dollfuss und Schuschnigg geführt hat. Leichter kommt zu einem verdient harten Urteil über die Endphase von Schuschniggs Politik, die kampflose Kapitulation:

«Widerstand in jeder Form, selbst mit der Weigerung, das deutsche Ultimatum anzunehmen, die Hitler zum militärischen Einmarsch gezwungen hätte, wäre ein Signal für die wie hypnotisiert untätigen Demokratien gewesen. Widerstand hätte dazu beigetragen, die Welt über den Charakter einer Macht aufzuklären, die sie kaum 18 Monate später in den Zweiten Weltkrieg treiben sollte. Es ist nicht ausgeschlossen, dass entschiedene politische und diplomatische Aktionen sowie letztlich ein demonstrativer militärischer Widerstand Österreichs die Tragödie verhindert oder zumindest hinausgeschoben und die innere Opposition der deutschen Generäle ... gegen Hitlers Abenteuer verstärkt hätte.»

Vielleicht sind das übertriebene Erwartungen, aber es kann kaum bestritten werden, dass Schuschniggs völlig kampfloses Abtreten ohne auch nur eine Geste des Widerstandes dazu beigetragen hat, die weiteren aus senpolitischen Vorstöße Hitlers und Mussolinis gegen andere Staaten zu erleichtern und die Moral in Europa aufzuweichen.

Die Auseinandersetzung mit dem Regime Dollfuss-Schuschnigg ist aber nur eine Komponente des Buches, das vor allem eine Geschichte der illegalen sozialistischen Bewegung in Österreich in der Zeit vom Februar 1934 bis zum März 1938 ist. Leichter stand damals im Mittelpunkt des Geschehens und war unermüdlich im Verfassen illegaler Flugblätter, Artikel und Broschüren; 1938 gelang ihm die Flucht ins Ausland, und er ist jetzt von New York aus als Chronist der Bewegung tätig, die sich in bewusster Abkehr von der Tradition der legalen Partei «Revolutionäre Sozialisten» nannte. Bei aller seiner Verbundenheit mit ihr steht er ihr nicht unkritisch gegenüber und setzt an ihr aus, sie habe sich in die Erwartung einer «gesamtdeutschen Revolution» gegen Hitler – das Wort wurde von Otto Bauer kurz vor seinem Tode 1938 geprägt – verrannt, die ebenso wenig eingetreten sei wie eine gesamteuropäische Revolution. Die Überwindung dieser von den Realitäten widerlegten Theorie, die mehr ein Wunschtraum war, hat zweifellos der österreichischen Emigration in ihrer Gesamtheit manche Schwierigkeiten bereitet. Uns scheint aber, dass sich Leichters Kritik nicht auf diesen Aspekt beschränken sollte. Das Dollfuss-Regime war schwach und wurde nur von Mussolini gestützt; die trotz ihrer Niederlage 1934 ungebrochene sozialistische Opposition war stark und entwickelte, von der in das nahe Brünn geflüchteten Parteiführung nicht dirigiert, aber gestützt, eine illegale Tätigkeit von ganz unvorstellbaren Ausmassen. Die von Leichter im Anhang gebrachte Übersicht über die illegale Presse gibt dafür eindrucksvolle Beweise. Der damalige Bundespräsident *Franz Jonas*, der gegenwärtige Bundeskanzler *Bruno Kreisky* und viele andere, die nach dem Krieg ein demokratisches Österreich neu aufbauen halfen, waren unter den Illegalen. Psychologisch war es begreiflich, dass der Schock der Niederlage viele Parteianhänger an der politischen Demokratie verzweifeln liess, die vom faschistisch gewordenen oder den Faschismus akzeptierenden Bürgertum in dem Augenblick beseitigt wurde, da sie seiner Herrschaft gefährlich werden könnte. Das führte zur Popularisierung der Vorstellung, das Dollfuss-Regime könne nur durch einen Aufstand der Arbeiter beseitigt werden, der eine Periode der vorübergehenden Diktatur der siegreichen Arbeiter folgen müsse, ehe die Demokratie vollinhaltlich als sozialistische Demokratie hergestellt werden konnte. Leichter verzeichnet das, ohne auszusprechen, dass diese Erwartung, ganz abgesehen von dem in ihr enthaltenen Liebäugeln mit undemokratischen Methoden, im damaligen Österreich trügen musste: für eine sozialistische Revolution fehlten alle Voraussetzungen, und sie hätte nur in einem «blitzschnellen» Eingreifen Hitlers gegen den sich hier angeblich äussernden «Bolschewismus» enden können. Diese gefährlichen Illusionen wurden aber nicht nur im Lande selbst unter den nach Rache dürtenden Illegalen gepflegt, sondern von Otto Bauer, einem der bedeutendsten Theoretiker des demokratischen Sozialismus, vom Ausland her propagiert, der in der aus Brünn nach

Wien geschmuggelten illegalen «Arbeiter-Zeitung» 1934 schrieb⁵, Ziel sei «nicht die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie», sondern «eine revolutionäre Diktatur als Übergangsform zu einer echten sozialistischen Demokratie». Ein weiteres Motiv für das Spielen mit dem Diktaturgedanken war die Absicht, den Kommunisten, die bis dahin ganz bedeutungslos gewesen waren, nicht durch Festhalten an alten Parolen zu einem Zustrom enttäuschter eigener Anhänger zu verhelfen; ob die Übernahme kommunistischer Schlagworte in verwässerter Fassung dazu das richtige Mittel war, bleibe dahingestellt. Aber diese Periode war bald überwunden: Leichter verzeichnet, dass 1936 nur nach einem viel greifbareren und realistischeren Ziel, nach der Wiederherstellung der Freiheitsrechte, gerufen wurde. Und als in den letzten Tagen vor der endgültigen Kapitulation schien, Schuschnigg würde sich gegen die drohende Gleichschaltung doch aufbäumen, erklärte sich die bis dahin illegale Sozialdemokratie bereit – man hatte sie nicht wie die Nationalsozialisten umschmeichelt –, Schuschnigg zu stützen und bei der von ihm ohne jede Vorbereitung und ohne Besprechung in der eigenen Regierung, der er nicht trauen konnte, verkündeten Volksabstimmung mit Ja zu stimmen – sie hätte eine Mehrheit für die Unabhängigkeit Österreichs ergeben, und Hitler wusste gut, warum er ihr Stattdessen um jeden Preis verhindern musste. Die vier Jahre andauernde opferreiche Arbeit der Revolutionären Sozialisten wurde von der Gestapo zermalmt, so dass keine sichtbare Spur davon übrig blieb – ein angesichts von soviel Idealismus tragischer Ausgang, den Leichter durch den Hinweis zu verklären sucht, das ideelle Vermächtnis der Untergrundbewegung bleibe ein bedeutender Beitrag für die Gegenwart. Diese kann aber an die ganz andersgeartete Situation der Jahre vor 1938 gar nicht anschliessen, und darum scheint uns das Verdienst der illegalen Kämpfer gegen die Diktatur eher darin zu liegen, dass sie in einer dunklen Zeit in den Arbeitermassen den Glauben an eine bessere Zukunft aufrechterhalten haben.

J. W. Brügel

(Fortsetzung folgt)

¹ Kurt Schuschnigg, *Im Kampf gegen Hitler*, Die Überwindung der Anschlussidee, 472 Seiten, Verlag Fritz Molden, Wien 1969.

² Otto Leichter, *Zwischen zwei Diktaturen*, Österreichs revolutionäre Sozialisten 1934–1938, 468 Seiten, Europa Verlag, Wien 1968, S. 47.

³ *Geheimer Briefwechsel Mussolini-Dollfuss*, Wien 1949.

⁴ Leichter, *op. cit.*, S. 79, Leichter, *Glanz und Elend der ersten Republik*, 256 Seiten, Europa Verlag, Wien 1964, S. 227 und 246, Julius Braunthal, *Geschichte der Internationale*, Band II, Verlag Dietz, Hannover 1963, S. 426.

⁵ Weitere einschlägige Zitate bei Walter Wisshaupt, *Wir kommen wieder! Eine Geschichte der Revolutionären Sozialisten Österreichs 1934–1938*, Wien 1967, S. 27ff.